

KOMMENTAR ZU TRAINER-ABLÖSESUMMEN

Die neuen Spieler

Marco Rose fünf Millionen, Adi Hütter 7,5 Millionen, Julian Nagelsmann vielleicht bald 25 Millionen Euro Ablöse. Trainer sind der „heiße Scheiß“ in der Fußball-Bundesliga. Dieser Gilde mit riesigen Summen Anreiz für einen Arbeitsplatzwechsel zu bieten, ist nur die konsequente Zuspitzung des kapitalistischen Marktes.

Trainer sind die neuen Spieler, und gemessen an den handelsüblichen Tarifen gehen sie noch als Schnäppchen durch. Für einen Nagelsmann würde man umgerechnet nur einen halben Nationalspieler Leroy Sane ersteigern können. In einer durchkommerzialisierteren Branche ist die größere Überraschung, dass die Fußball-Lehrer dieser Güteklasse nicht schon seit Jahren mit einem sieben- oder achtstelligen Preisschild ausgestattet sind. In der Logik der Vereine ist das durchaus nachvollziehbar, nun auch für die Schlüsselpositionen das Festgeldkonto zu plündern. Das gilt vermutlich dann auch bald für den Deutschen Fußball-Bund (DFB), der für ein erkleckliches Sümmchen den Wunschkandidaten Hansi Flick beim Branchenriesen FC Bayern losleisen muss.

Wenn Spieler verpflichtet werden, ist damit immer die Spekulation verbunden, dass das kicken Personal innerhalb kurzer Zeit seinen Wert steigern kann, ehe es dann mit entsprechender Gewinnmarge weiterverhökert wird an die mehrbietende Konkurrenz. Bundesliga-Alltag.

Warum soll man also nicht für die „Bessermacher“, ergo die Trainer, viel Geld ausgeben? Ohnehin gibt es außerhalb des Paralleluniversums Bundesliga nur ganz wenige Branchen, in denen kompetente Führungskräfte weniger Geld bekommen als Mitarbeiter.

Ein modischer Trend

Ablösesummen für Trainer sind keine neue Idee, nur wird gerade daraus ein modischer Trend. Vor fünf Jahren etwa soll der FC Schalke 04 für einen Trainer namens Markus Weinzierl fünf Millionen Euro an den FC Augsburg überwiesen haben. Bereitwillig gab der Traditionsverein das Geld aus und stellte Weinzierl enthusiastisch als Langzeitlösung vor.

Natürlich wurde auch er dann branchenüblich recht schnell wieder entlassen, ehe er am Montag erneut in Augsburg vorgestellt wurde, den er dann auch bald wieder verlassen wird. Schalke dagegen ist nicht erst seit dieser Saison ein überzeugendes Beispiel dafür, dass Traineraktien auch mal floppen können.

.....
c.pauli@medienhausaaachen.de

CHRISTOPH PAULI



KOMMENTAR ZUM IMPFGIPFEL

Mehr Freiheit wagen

Immer mehr Impfstoffe gegen das Coronavirus werden geliefert, und an immer mehr Stellen wird geimpft. Mittlerweile auch bei den Hausärzten. Demnächst zusätzlich bei den Betriebsärzten. Seit Frühlingsbeginn geht es mit dem Impfen deutlich aufwärts, ist der Knoten endlich geplatzt. Dazu nur zwei Zahlen: Von Januar bis März hatten erst gut zehn Prozent mindestens einen rettenden Piks bekommen. Im April, also binnen nur eines weiteren Monats, hat sich dieser Bevölkerungsanteil bereits verdoppelt. Eine bemerkenswerte Entwicklung, wenn man sich der zahllosen Unkenrufe erinnert, Deutschland bekomme das Impfen sowieso nicht in den Griff.

Durchschlagende Konsequenzen

Der positive Trend muss jetzt allerdings auch durchschlagende Konsequenzen haben, was die Abschaffung von Einschränkungen für Geimpfte angeht. Das Ziel der Immunisierung besteht ja gerade darin, so schnell wie möglich wieder zur gesellschaftlichen Normalität zurückkehren. Wenn immer mehr Menschen geimpft sind, gibt es immer weniger Grund, bei ihnen an Einschränkungen festzuhalten.

Die Wiederherstellung gewohnter Freiheiten ist ja kein politisches Geschenk, sondern ein verfassungsrechtliches Gebot. Insofern waren auch manche Debatten im Vorfeld des jüngsten Impfgipfels fehl am Platz. Man denke in diesem Zusammenhang nur an denn irrigen Gedanken von der Gewährung irgendwelcher „Privilegien“.

Auf dem Impfgipfel von Bund und Ländern wurde nun darüber debattiert, vollständig Geimpfte mit Genesenen und Getesteten gleichzustellen. Das heißt in der Praxis zum Beispiel reisen ohne Quarantäne oder Friseurbesuch ohne Test. Das klingt sicher gut, ist aber zu wenig. Schließlich geht das Robert-Koch-Institut selbst davon aus, dass Geimpfte und Genesene sogar ein noch geringeres

Risiko haben, andere Menschen anzustecken, als negativ Getestete. Damit stellt sich die Frage, warum für Geimpfte dann zum Beispiel trotzdem die Ausgangssperre gelten soll wie für alle anderen auch? Warum sie sich nicht mit mehreren ebenfalls Geimpften treffen dürfen. Und warum sie keinen Anspruch auf den Zugang etwa zu Museen, Schwimmhallen oder Fitnesszentren bekommen. Genauso gut könnten auch die Betreiber solcher Einrichtungen darauf pochen, für diesen Personenkreis endlich wieder die Türen zu öffnen.

Dem Mangel Rechnung tragen

An dieser Stelle lassen Bund und Länder die Konsequenz noch vermissen. Gut möglich, dass ihnen die Gerichte auf die Sprünge helfen werden, zumal die Bundeskanzlerin und die Ministerpräsidenten eine Abschaffung der Impfreiheiten spätestens für Juni in Aussicht stellen. Diese Maßnahme sollte bekanntlich dem Mangel an Biontech & Co Rechnung tragen. Dabei ist die Priorisierung für die Corona-Impfung inzwischen ohnehin schon aufgeweicht, seitdem sich in mehreren Bundesländern jede und jeder mit dem Vakzin von AstraZeneca impfen lassen kann.

Schranken müssen fallen

Wenn demnächst der Mangel an Impfstoff endgültig Geschichte ist, dann können sich alle immunisieren lassen. Und spätestens dann müssen auch sämtliche Schranken für die Immunisierten fallen.

.....
an-politik@medienhausaaachen.de

STEFAN VETTER



Die Macht der Altvorderen

Mit den CDU-Granden Wolfgang Schäuble und Volker Bouffier legt man sich besser nicht an. Das musste auch CSU-Chef Markus Söder beim Thema Kanzlerkandidatur erfahren. Eine Analyse.

VON HAGEN STRAUSS

BERLIN Die Orte, an denen CDU-Chef Armin Laschet in Berlin die entscheidenden Gespräche auf dem Weg zu seiner Kanzlerkandidatur geführt hat, sagen schon viel aus. Mindestens zweimal traf er sich mit Getreuen in der hessischen Landesvertretung. Hausherr ist Volker Bouffier. Dann, in der Nacht zu Montag vergangener Woche, war es ein Raum auf der Präsidialebene des Reichstags, in dem Laschet CSU-Chef Markus Söder Paroli bot. Bundestagspräsident Wolfgang Schäuble hat hier das Sagen.

Bouffier und Schäuble – zwei mächtige Altvordere, an denen in der CDU kein Weg vorbeigeht. Durch ihre langjährige Regierungserfahrung und zahlreichen Ämter haben sie sich große Autorität erworben; sie ziehen verlässlich die Strippen.

Bouffier, 69 Jahre alt, Ministerpräsident und CDU-Vize. Schäuble, 79 Jahre alt, kampferprobt in fünf Jahrzehnten politischen Daseins. Niemand sitzt länger im Bundestag als er, niemand hat mehr ministerielle Erfahrung. Mit den beiden grauen CDU-Eminenzen legt man sich besser nicht an. Das musste auch Söder erfahren.

Hinter den Kulissen haben die Granden die Laschet-Truppen zusammengeworfen, den NRW-Mann zur Standfestigkeit ermuntert. Vor allem Schäuble, obwohl er eigentlich ein Anhänger von Friedrich Merz ist. Das Verhalten der Schwesterpartei sei schädlich, es gehe um den Bestand der Union, soll er während der wichtigen Nachtsitzung im Reichstag deutlich gemacht haben. Wenn Laschet Parteivorsitzender bleiben wolle, müsse er die Schlacht gewinnen. Eine Ansage, die bewusst in die Öffentlichkeit lanciert wurde, um den Druck zu erhöhen. Es war der Weckruf eines politischen Realisten.

„Sie haben gestanden“, heißt es aus der CDU über Bouffier und Schäuble. Das kann Laschet nicht von jedem Christdemokraten behaupten. Im Machtkampf mit Söder fielen ihm zum Beispiel Wirtschaftsminister Peter Altmaier und Sachsen-Anhalts Regierungschef Reiner Haseloff in den Rücken.

Im CSU-Lager ist man jedenfalls „nachhaltig irritiert“, wie betont wird. Und man ist sich sicher, wem der Bayer vor allem seine Niederlage in der K-Frage zu verdanken hat:



Zwei Männer von einigem Einfluss in der CDU: Bundestagspräsident Wolfgang Schäuble (links) und Hessens Ministerpräsident Volker Bouffier. FOTO: DPA

Schäuble. Der hauptsächlich habe gegen den bayerischen Ministerpräsidenten mobilgemacht. Dass Söder die CDU-Gremien als „Hinterzimmer“ verspottet hatte, soll Schäuble besonders verärgert haben. Ohnehin ist bekannt, dass der Badener die Rolle der CSU stets für überdimensioniert gehalten hat.

Schäubles Loyalität ist im politischen Betrieb legendär. Nur dann, wenn er glaubt, einen falschen Weg erkannt zu haben, äußert er sich treffsicher und wirkungsvoll. Auch Angela Merkel musste das schon erleben: Auf dem Höhepunkt der Flüchtlingskrise 2015 sprach der damalige Finanzminister von einem unvorsichtigen Skifahrer, der eine Lawine auslösen könnte. Gemeint waren die Kanzlerin und ihre Flüchtlingspolitik. Ein Zerwürfnis gab es deshalb aber nicht. Nach wie vor gehört Schäuble zu den wichtigsten Rätegebern der Noch-Regierungschefin. Sie hört auf, er kandidiert erneut für den Bundestag.

In keiner anderen Partei haben Altvordere übrigens so große Macht wie in der Union – keine andere regiert aber auch schon so lange wie

sie. In den Reihen der SPD findet man niemanden vom Range Bouffiers oder Schäubles; lediglich die Rheinland-Pfälzerin Malu Dreyer genießt bei den Sozialdemokraten mehr Autorität als andere. Die Genossen ärgern sich eher, wenn sich in Ungnade gefallene Granden wie Altkanzler Gerhard Schröder oder Ex-Parteichef Sigmar Gabriel mal wieder zu Wort melden. Bei den Grünen sitzen zumindest noch zwei Po-

litiker in der Fraktion, die schon Anfang der 2000er Jahre Minister einer rot-grünen Bundesregierung gewesen sind: Jürgen Trittin und Renate Künast. Beide profilieren sich aber lieber als Fachpolitiker, der eine in der Außenpolitik, die andere im Verbraucherbereich. Strippenzieher sind sie nicht mehr. Trotzdem soll Annalena Baerbock vor ihrer Kanzlerkandidatur das Gespräch mit ihnen gesucht haben.

UNION

Laschet: Söder bleibt Partner im Wahlkampf

Unions-Kanzlerkandidat Armin Laschet erwartet ungeachtet jüngster Sticheleien aus München eine enge Zusammenarbeit mit dem CSU-Vorsitzenden Markus Söder im Wahlkampf. Auf die Frage, ob Söder angesichts fortwährender Kritik an ihm und der CDU noch ein vertrauenswürdig Partner sei, sagte der CDU-Chef am Montag in Berlin nach Online-Beratungen der Parteispitze: „Ja. Auf jeden Fall.“ Die CDU-Spitze

bemühte sich nach den unionsinternen Querelen um die Kanzlerkandidatur, Sachthemen wie die Digitalisierung und bessere Bedingungen für Unternehmensgründungen in den Vordergrund zu rücken.

Laschet sagte, er freue sich sehr, dass Söder zugesagt habe, bei der für die CDU wichtigen Landtagswahl in Sachsen-Anhalt persönlich mitzukämpfen. „In diesem Kampf, insbesondere im Kampf gegen die AfD, stehen Markus Söder und ich ganz eng beieinander.“ (dpa)

Corona-Lage in Indien immer dramatischer

In den Krankenhäusern fehlt es an Sauerstoff und Betten. Deutschland und andere haben Hilfe zugesagt.

VON JAN DREBES

BERLIN Bundesentwicklungsminister Gerd Müller (CSU) hat Indien ein umfangreiches Hilfspaket zur Bekämpfung der Corona-Pandemie in Aussicht gestellt. „Die Lage in Indien ist dramatisch: täglich 350.000 Neuinfektionen und fast 3000 Todesfälle – so viele wie in keinem anderen Land“, sagte Müller unserer Redaktion. „Das ist eine Verhundertfachung der Infektionszahlen in vier Wochen, und die Zahlen steigen weiter!“ Müller sicherte die Lieferung von Hilfsgütern wie Beatmungsgeräten zu.

Immer wieder Höchstwerte

Indien verzeichnet seit Tagen immer wieder Höchstwerte an Corona-Neuinfektionen. In Kliniken geht der medizinische Sauerstoff zur Behandlung aus oder fehlt schon ganz. Kranke müssen abgewiesen werden, Sterbenden kann nicht mehr geholfen werden. „Viele Krankenhäuser rufen um Hilfe, weil sie völlig überlastet sind. Seit Beginn der Corona-Krise sind in Indien schon 200.000 Menschen am Virus gestorben“, sagte Müller. Stellvertre-

tend für die Bundesregierung fügte er hinzu: „Wir stehen Indien in dieser dramatischen Situation beim Kampf gegen die Corona-Mutiation zur Seite. Denn das Virus besiegt wir nur gemeinsam, oder gar nicht. Die Bundesregierung arbeitet derzeit an einem Hilfspaket für Indien, um Schlimmeres zu verhindern. Teil der Lieferungen könnten Sauerstoff- und Beatmungsgeräte oder Medikamente sein“, sag-

te Müller auf Anfrage. Ein Sprecher des indischen Gesundheitsministeriums warnte unterdessen vor Panik. Aus lauter Angst besetzten manche Menschen Krankenhausbetten und Sauerstoffvorräte, die sie nicht brauchten, sagte er laut der Zeitung „The Hindu“. Unnötige Panik führe dazu, dass Medikamente gehortet und wertvolle medizinische Ressourcen missbraucht würden. Die Sauerstoff-Produktion sei nach

und nach gesteigert worden. Aber es sei eine Herausforderung, den Sauerstoff von den Herstellungseinrichtungen im Osten und Zentrum des Landes in andere Gebiete zu bringen.

Er verwies auf bereits geleistete Entwicklungshilfe Deutschlands. „Wir bauen hier auf bestehenden Strukturen auf. Bereits bei der ersten Welle hat die deutsche Entwicklungspolitik mit einem Corona-Sofortprogramm schnell reagiert. Die ärmeren indischen Bundesstaaten wurden mit 3000 Sauerstoffgeräten und 330.000 Testkits sowie 600.000 Schutzausrüstungen für Zehntausende Beschäftigte im Gesundheitssektor unterstützt – gemeinsam mit Unicef“, sagte Müller. „Derzeit finanzieren wir die Beschaffung und Installation von Sauerstoffanlagen im Nordosten Indiens sowie den Ausbau der medizinischen Kühlkette zur Verteilung von Covid-19-Impfstoffen“, so der Entwicklungsminister. Millionen Inder seien wieder von Hunger bedroht. „Deswegen unterstützen wir das indische Programm „Soziale Sicherung“ mit kurzfristigen, zinsverbilligten Krediten von 460 Millionen Euro“, sagte Müller.



Das Gesundheitssystem in Indien ist völlig überlastet. Es fehlt an Betten, antiviralen Medikamenten und medizinischem Sauerstoff. FOTO: DPA